

dabei in maßloser Weise beleidigt. Der Haupttäufersführer, der Student Stachowski, ist vom Leipziger Schöffengericht zu 3 Monaten 1 Woche Gefängnis verurteilt worden. Zwei andere Beteiligte werden noch schriftlich verfolgt.

Chemnitz. Eine hübsche Entschädigungssumme erhielt der Bezirksverband der Rgl. Amtshauptmannschaft Chemnitz von der Stadtgemeinde Chemnitz anlässlich der Einverleibung der Bororte Borna und Furt. Wie Regierungsrat Eckhardt in Vertretung des Amtshauptmanns Michel in der am Donnerstag abgehaltenen Bezirksauschuss-Sitzung mitteilte, hat die Stadtgemeinde Chemnitz an den Bezirksverband 38043 Mark gezahlt. Für entgangene Luftfahrsteuer zahlte die Stadt außerdem noch 6323,80 Mark, sodass aus dieser Einverleibung nahezu 45000 Mark in die Kasse des Bezirksverbandes geflossen sind.

Glauchau, 18. Juli. In der vergangenen Nacht verstarb in Bremen Amtshauptmann von Koppens aus Glauchau. Er stand seit zwei Jahren an der Spitze der Amtshauptmannschaft Glauchau. Der Verstorbene, 1870 geboren, erfreute sich allgemeiner Beliebtheit. Der Tod trat infolge von Bauchfellentzündung ein, die nach einer Blinddarmentzündung eingetreten war.

Annaberg. Das 100jährige Bestehen feiert demnächst die hiesige, weit über Annaberg hinaus bekannte Gesellschaft Museum, die der Kunstmusikpflege dient. Namhafte Künstler Deutschlands haben jahraus, jahrein in der Gesellschaft gastiert.

Kodewitz. Der Einsturz eines Hauses wird hier lebhaft besprochen. Es handelt sich um das auf der Querstraße stehende Wohngebäude des Glasers Seifert, dessen hintere Hälfte am Dienstag nachmittag plötzlich einstürzte. Der vordere Teil des Hauses wurde sofort geräumt und stürzte dann auch nach kurzer Zeit zusammen. Verluste an Menschenleben sind erfreulicherweise nicht zu beklagen.

Merchau. Nach dem Genuss von russischem Salat, der aus einer hiesigen Fleischerei stammte, erkrankten hier eine größere Anzahl von Personen in bedenklicher Weise, sodass ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden musste. Wie es heißt, sollen die zur Bereitung des Salats mit verwendeten Sardellen die Ursache der Erkrankung gewesen sein.

Plauen i. V. Zur Anbringung der Schutvorrichtung an der hohen Friedrich-August-Brücke hat man jetzt in schwindelnder Höhe ein Schutgerüst angebracht. Mit dem Aufstehen der hirschgewöhnlichen Sicherheitsvorrichtungen, die den Abstieg Lebenslader verhindern sollen, wird jetzt zugleich auch eine Hebung der ganzen Brücke vorgenommen, da sich der gewaltige, aus Stampfbeton hergestellte Bau etwas gesenkt hat.

Plauen i. V. Eine böse Stiefmutter hatte sich vor dem hiesigen Schöffengericht wegen grausamer Mißhandlung des von ihrem Manne, einem Plauener Zeichner G., mit in die Ehe gebrachten 2 1/2-jährigen Knaben zu verantworten. Die erst seit fünf Monaten verheiratete Frau war beschuldigt, den kleinen Jungen fortgesetzt dermaßen geschlagen zu haben, daß er am ganzen Körper blaue Flecken und blutunterlaufene Stellen aufwies. Die Rabenmutter gab zu, daß ihr das Kind im Wege gewesen sei. Die zum Teil mit einem Rohrstod vorgenommene Züchtigung sei erfolgt, weil der Kleine schlechte Reden (!) gehalten, unfolgsam und unreinlich gewesen sei. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß die Angeklundigte das hilflose Wesen tatsächlich in erschreckender Weise gemißhandelt hatte. Sie ward zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Plauen i. V. Das sogen. Tausendtalerhäuschen im Schlosspark Reusa wird abgebrochen. Der Rat genehmigte vorschlagsgemäß den Abbruch eines Gartenhäuschens (des sogen. Tausendtalerhäuschens) im Schlosspark des Rittergutes Reusa, das sich in schlechtem baulichen Zustande befindet. Die Wiederinstandsetzung des Häuschens würde unverhältnismäßig hohe Kosten verursachen.

Neuenfalz. Eine höchst gefährliche Stelle für jeden Verkehr, vor allem aber für Automobilisten, ist hier die Abzweigung der Delnitzer Straße von der Plauen-Reichenbacher Staatsstraße. Fast täglich sind dort Schwierigkeiten zu beobachten, die erneut zwingen, darauf hinzuweisen, doch etwas mehr Vor- wie auch Rücksicht zu gebrauchen. Mittwoch abend rannte ein Automobil mit einem Pferdewagen zusammen. Sachschaden beiderseits. Donnerstag nachmittag fuhren zwei Kraftwagen mit donnerähnlichem Anprall aneinander. Glücklicherweise sind wiederum keine Personen verletzt worden. Ursache ist fallisches Nehmen der Straßenbegrenzung und überhaupt zu schnelles Fahren des einen Führers. Da dieser überdies dem Gendarm seinen Führerschein vorzuzeigen vermochte, wird für ihn die Geschichte ziemlich heikel werden.

Neustädtel. Wie mitgeteilt, wurde dem zum zweiten stellvertretenden Bürgermeister gewählten sozialdemokratischen Stadtrat Immerthals die Bestätigung der königlichen Kreis- hauptmannschaft versagt. Auch die hierauf erfolgte zweite Wahl Immerthals wurde nicht bestätigt. Die von sozialdemokratischer Seite beim königlichen Ministerium des Innern eingelegte Beschwerde ist jetzt zurückgewiesen worden.

Oberwürschnitz i. E. Der Gemeinderat beschloß, vom 1. Januar 1914 ab den Zinsfuß für sämtliche Gemeindeforderungen von 4 auf 4 1/4 Prozent zu erhöhen.

Tagesgeschichte.

Berlin. Wie hier verlautet, haben die serbische und die griechische Regierung auf dem Ministerrat der beiden Staaten in Jastab beschlossen, die rumänische Regierung

zur Teilnahme an den Vorverhandlungen über den Frieden einzuladen.

— Eine ganz eigenartige Ueberraschung wurde während der letzten Wochen dem größten Teil der aktiven Unteroffiziere der preussischen Truppen bereitet: sie wurden nämlich geimpft! Diese militärische Neuerung ist auf eine Verfügung des Kriegsministers zurückzuführen, nach der zur Erleichterung des Impfgeschäftes beim Beginn eines Feldzuges und zur Vorbeugung von Störungen bei einer Mobilmachung die Kapitulantens schon während der Friedenszeit einer Impfung gegen Pockeninfektion zu unterziehen sind. Nach je sechs Jahren ist an den Kapitulantens eine Wiederimpfung vorzunehmen. Ueber jede Impfung und Wiederimpfung ist in der Stammliste ein darauf bezüglicher Vermerk zu machen. Die Bestimmungen über die Impfungen im Falle einer Mobilmachung bleiben in dessen bestehen. Die verheirateten Unteroffiziere sind nach der Verfügung des Kriegsministers von dieser Zwangsimpfung nicht befreit.

— Die bayerische Königsfrage soll wieder aktuell geworden und Prinzregent Ludwig geneigt sein, den beiden Kammern des Landtags eine entsprechende Vorlage zu gehen zu lassen. Da der unglückliche König Otto unheilbar gelähmt ist, so war, wie erinnert, schon im Dezember vorigen Jahres, nach dem Tode des greisen Prinzregenten Luitpold die Frage aufgetaucht, ob der Nachfolger die Regentschaft fortsetzen oder die Königswürde annehmen solle. In der Kammer war die Zentrumsmehrheit für die Fortdauer des bisherigen Zustandes, und so unterblieb die Einbringung eines Gesetzesentwurfes, der Bayern einen König gegeben hätte. Mit dem Ministerpräsidenten Freiherrn von Hertling ist jetzt eine Kammermehrheit für die Uebernahme der Königswürde durch den Prinzregenten vorhanden. Da jedoch eine Minderheit, die Gruppe des Bauernführers Dr. Heim, ihre Bedenken dagegen aufrecht erhält, so wird die Frage wahrscheinlich auch jetzt noch nicht gelöst werden.

— Eine Einigung zwischen Krankenkassen und Ärzten auf Grund der freien Arztwahl ist in Bayern erzielt worden. In zwei Konferenzen hatte das bayerische Ministerium des Innern mit Vertretern der Krankenkassen und der Ärzte aus dem ganzen Lande verhandelt und dabei zwischen den beiden Parteien eine Einigung über die allgemeinen Grundlagen für die Kassenarztverträge herbeigeführt. Diese gütliche Einigung wird allgemein freudig begrüßt. In Preußen bestehen beinahe ausschließlich der freien Arztwahl noch vielfache Sonderwünsche, die lokalen Verhältnissen entspringen und eine einheitliche Regelung im einigenden Sinne beider Parteien bisher nicht zuliegen.

— Der große Kreuzer Seydlitz hat seine Probefahrt in der Danziger Bucht bezw. an der gemessenen Seemeile vor Neukrug beendet. Er hat eine Geschwindigkeit von nahezu 29 Knoten erreicht und damit neben seiner riesigen Maschinenleistung von 100 Tons Pferdestärken auch einen neuen Schnellleistersrekord aufgestellt.

— Wegen Lieferung von 100000 Paar Stiefeln hat die rumänische Regierung mit süddeutschen Schuhfabriken Unterhandlungen eingeleitet.

Hamburg, 17. Juli. Die Streikleitung hat den Leuten, die das 60. Lebensjahr überschritten haben und dem Verband angehören, gestattet, vorläufig weiterzuarbeiten. Obgleich die Werften so ziemlich stillliegen, rechnet man in den Kreisen der Arbeiter schon mit einem baldigen Zugang von Arbeitswilligen. Heute hat man mit der Aufstellung von Streikposten begonnen. Allerdings gehen diese Maßnahmen von der von den Arbeitern gebildeten Streikleitung aus, denn die Organisationsvorstände erkennen nach wie vor den Ausstand nicht an und beharren bei der Ansicht, daß die Streikunterstützung nicht bewilligt werden könne, da der Ausstand ohne Genehmigung der Organisationsleitung begonnen wurde. In den Kreisen der Delegierten und Vertrauensleute ist man anderer Meinung. Man vertritt hier den Standpunkt der Mehrheit der letzten Versammlung, daß die Arbeitseinstellung berechtigt wäre und die Zentralvorstände nicht das Recht hätten, den Ausständigen die Streikunterstützung zu verweigern.

Altona, 18. Juli. In einer von über 1000 Personen besuchten Versammlung beschlossen die Angestellten und Arbeiter der Sapog die materielle Unterstützung der streikenden Werftarbeiter unter scharfer Verurteilung des Verhaltens der Organisationsleitung.

Riel. Von der Streikbewegung auf den Privatwerften, an der bereits 7000 Mann teilnahmen, ist die Kaiserliche Werft bisher verschont geblieben.

Riel, 18. Juli. Nach einem gestern abend gefassten Beschlusse ist die Mehrzahl der auf der Germania-Werft und den Howaldt-Werken beschäftigten Arbeiter in den Ausstand getreten. Die Kaiserliche Werft ist von der Streikbewegung noch verschont.

Christiania, 18. Juli. Der Storting verhandelte heute über einen Antrag auf Abschaffung des Ordenswesens. Es stimmten 75 Abgeordnete für den Antrag und 47 dagegen. Da der Antrag eine Verfassungsänderung enthält und somit für die Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war, ist er also abgelehnt.

Prag. Kaiser Franz Joseph genehmigte den Beschluß des Landesauschusses Böhmen, betreffend die provisorische Forthebung der Landeszuschläge zu den direkten Landessteuern, ausgenommen die Personaleinkommensteuer, für die Zeit vom 1. Juli bis 10. September 1913 mit der Einschränkung, daß diese Zuschläge nur in dem bisherigen Ausmaße von 55 Prozent erhoben werden dürfen.

Wien. Dem Auswärtigen Amt nahestehende Blätter wissen zu berichten, daß in Jich schwerwiegende Entschlüsse gefaßt sind. Im „Neuen Wiener Tageblatt“ heißt es u. a., die österreichisch-ungarische Diplomatie würde gewisse aktive Schritte tun, um bei der Beendigung der Kriegslage und der Ordnung der territorialen Verhältnisse auf dem Balkan mitzuspreden. Oesterreich könne es nicht gleichgültig sein, wann und in welcher Weise der Konflikt zwischen Bulgarien und seinen kriegerischen Verbündeten in territorialer Beziehung geregelt wird. In den nächsten Tagen werde man volle Klarheit über die Dispositionen Oesterreichs haben.

Frankreich. Der Nancyer Student Collet, der einen Deutschen in Nancy mißhandelt hatte, wurde vom dortigen Justizpolizeigericht zu 14 Tagen Gefängnis und 300 Frs. Schadenersatz verurteilt.

— Der Kampf der französischen Volksvertreter um die dreijährige Dienstzeit ist zu Ende. In ihrer demütigen Sitzung vom 19. Juli 1913 hat die Kammer mit 358 gegen 204 Stimmen das Gesetz angenommen, das im französischen Heere die dreijährige Dienstzeit wieder einführt.

— Die alten Junggesellen sollen besteuert werden. Die Budgetkommission der französischen Kammer hat beschlossen, einen Steuerzuschlag von 20 Prozent von Junggesellen, die über 30 Jahre alt sind, zu erheben.

London, 17. Juli. Marineminister Churchill brachte im Unterhause den Etat über die Schiffsbauten ein. Er behandelte zunächst die Frage der Delfeuerung und erklärte, daß gegenwärtig über hundert Zerstörer vollendet oder im Bau begriffen seien, die ausschließlich Delfeuerung hätten. Was den Bezug des Oels betreffe, so beständen keinerlei Schwierigkeiten. Churchill betonte die Bedeutung der Delfeuerung für die neuesten Kriegsschiffe und die schnellen, leichten Kreuzer und sagte, daß sie bei dem ganzen Bauprogramm für 1912/13 in Anwendung käme. Dies würde auch in diesem Jahre wiederholt werden, aber die fünf Kriegsschiffe des diesjährigen Bauprogramms würden Kohlen brennen und Del nur zur Ergänzung brauchen. Letzteres sei nur erforderlich zur Erzielung einer außerordentlichen Fahrgeschwindigkeit. Churchill fuhr fort, er hätte bereits zu Anfang der Session Ausführungen über die deutsch-englischen Beziehungen gemacht, und er habe keinen Grund, seine damaligen Ausführungen irgendwie zu modifizieren. Zu der Frage der Sicherheit in den heimischen Gewässern bezw. des Mittelmeeres habe er keine neue Tatsache zu berichten. Ueber die kanadischen Kriegsschiffe sagte Churchill, wenn die Lücke nicht ausgefüllt werde, so würden Ende des Jahres 1915 drei Schiffe zur Verteidigung des Reiches fehlen. Man glaube aber, daß Kanada seinen Beitrag zur Landesverteidigung liefern werde. Die Admiralität habe die Beschleunigung des Baues der drei Schiffe des diesjährigen Programms beschlossen. Im nächsten Jahre werde sie besser in der Lage sein, zu beurteilen, ob eine weitere Beschleunigung oder eine Erweiterung des Programms nötig sein werde. Churchill schloß, er erwarte während der nächsten neun Monate die wöchentliche Ablieferung eines Zerstörers, während der nächsten zwölf Monate monatlich die Ablieferung eines leichten Kreuzers, während der nächsten 18 Monate alle 45 Tage die Ablieferung eines Ueberdreadnoughts. Die Vermehrung der Stärke, die die nächststarke Seemacht in dieser Periode erhalten werde, werde beträchtlich geringer sein als die Hälfte der britischen Verstärkung.

Bulgarien. Die Bitte um Frieden, die Zar Ferdinand nach Bukarest richtete, hat nicht die Antwort gefunden, die wohl erwartet worden war. Der Bukarester Zeitung Universal zufolge hat die Antwort König Carol auf das Telegramm des Königs Ferdinand dahin gelaute, daß Bulgarien die Bedingungen genau angeben möge, unter denen es die Friedenspräliminarien nicht nur mit Rumänien, sondern mit allen Kriegführenden zu unterzeichnen wünsche. Die Unterzeichnung könne nur gleichzeitig mit allen Kriegführenden erfolgen. Nur dann könne die Einstellung der Feindseligkeiten angeordnet werden. Eine offizielle Bestätigung dieser Meldung liegt zwar nicht vor, doch muß man annehmen, daß Zar Ferdinand auch mit der Möglichkeit eines so ungünstigen Bescheides gerechnet haben wird. Daß er sich nicht allein auf eine entgegenkommende Antwort aus Bukarest verlassen hat, geht auch aus dem Hilferuf hervor, den er gleichzeitig an die Großmächte gerichtet haben soll. Wie das Neue Wiener Tageblatt erzählt, hat sich König Ferdinand außer an König Carol an mehrere europäische Staatsoberhäupter gewandt, so aller Wahrscheinlichkeit nach zunächst an Kaiser Franz Josef, mit der Bitte um Hilfe für sein Land in der gegenwärtigen schweren Katastrophe. Das Ansuchen König Ferdinands wurde bei der Regierung in Bukarest durch den österreichisch-ungarischen Gesandten Prinzen Fürstberg unterstützt. Das Blatt meldet ferner, daß der frühere bulgarische Ministerpräsident Dr. Geshow von Wien nach Bukarest abgereist ist, um mit der rumänischen Regierung direkt zu unterhandeln.

Bukarest, 19. Juli. Die rumänischen Truppen sind in Bratscha einmarschiert. Bratscha liegt nur 60 Kilometer östlich von Sofia.

Türkei. Die türkische Kavallerie ist in der Nacht zum Sonnabend vor Adrianopel angekommen.

Konstantinopel. Die jungtürkische Presse meldet: Die gesamte Nation sei über die offiziellen Meldungen unzufrieden, daß die Armee auf der Linie Enos—Midia Halt gemacht habe. Die letzten Ereignisse auf dem Balkan hätten den Beweis geliefert, daß die Herrschaft der Türkei im Wilajet Adrianopel wieder eingeführt werden müsse, weil dessen Bevölkerung zum größten Teile türkisch sei und nicht mehr unter der Herrschaft eines so wilden Volkes